

Neues Programm für die Salzburger Stadtpartei

Die FPÖ der Stadt Salzburg bekommt ein neues Programm für die Gemeinderatswahl 2019. Stadtparteichef Andreas Reindl stellte das Team vergangene Woche vor: „Wir wollen bürgerorientierte Lösungen anbieten, um 2019 für Regierungsverantwortung bereit zu sein.“

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Mehr Kontrollen zu Staatsbürgerschaft

FPÖ fordert Konsequenzen nach türkischer Anstiftung zum Massengesetzesbruch S. 2/3



Mit falschem Gesetz gegen die Islamisten

FPÖ kritisiert rot-schwarze Eingriffe in das Versammlungsrecht – S. 4/5

PARLAMENT

„Mascherl-Politik“

Nichts anfangen mit den hochgestochenen Erwartungen der Koalition zur „Schulautonomie“ kann der neue FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer: „Die alte rot-schwarze ‚Reformkrankheit‘: viel Lärm um Nichts zu den Problemen an den Schulen.“

S. 7

AUSSENPOLITIK

Das Anti-Griechenland

Island hat die Finanz- und Schuldenkrise überwunden. Und das ganz ohne das ihm von Brüssel aufgedrängte „Rettungspaket“. Die Wirtschaft wächst, die Währung ist wieder etwas wert und die Staatsschulden wurden in acht Jahren fast halbiert.

S. 8/9

WIEN

Gnadenlose SPÖ

Nach den Misshandlungsskandalen in vielen Kinderheimen der Stadt Wien wurde jetzt publik, dass Ähnliches auch in Psychiatrieabteilungen passierte. Aber die Stadt Wien drückt sich vor einer Anerkennung der Opfer und einer Entschädigung.

S. 11

MEDIEN

Elitäre Verantwortung?

Ein selbstkritischer Kommentar eines Publizisten warnt die Medien, bei ihrer „Rettung der Welt“ nicht auf die Ängste und Sorgen des „kleinen Mannes“ zu vergessen. Diesen würden sie unter Berufung auf das von ihnen definierte „Gemeinwohl“ im Stich lassen.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Recep Tayyip Erdogan hat das Dilemma der europäischen Politik – die Handlungsunfähigkeit – durchschaut und nutzt dies seit Jahren gekonnt aus. 2010 kündigte er den Informationsaustausch über Staatsbürgerschaften und überschwemmt so Europa mit türkischen Doppelstaatsbürgern.

Staatsbürger?

Die von der ratlosen Koalition als Beispiel zitierte „Tiroler Task Force“ offenbart das ganze Dilemma, das SPÖ und ÖVP dem Land mit dem Finale ihrer „Integrationspolitik“, der großzügigen Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, beschert haben. Man prüft in Tirol lediglich Einzelfälle von Doppelstaatsbürgerschaften, von denen man Kenntnis erlangt habe. Erkenntnisreicher Zusatz: „Eine lückenlose Kontrolle ist nicht möglich.“

So können jetzt -zigtausende Türken Erdogans Politik auch in Österreich durchsetzen, bei Wahlen zum Gemeinderat bis hinauf ins Parlament. Es braucht keine Belagerung Wiens mehr, der Sultan hat seine Befehlsempfänger schon in der Stadt, als Kämpfer mit österreichischem Reisepass.

Den gleichen Gefallen hat die Koalition auch islamistischen Möchtegern-Welteroberern getan, indem sie 2015 die Grenze für die moslemische Invasion öffnete. Diese beglückte sie auch noch mit einem Islamgesetz, das der Islamisierung Österreichs Tür und Tor öffnet. Den Kritikern im eigenen Land verpasste man einen Maulkorb und versucht, sie mit Gesetzen kalt zu stellen.

Jetzt soll auch noch das Versammlungsgesetz verschärft werden. Damit bietet man nicht den Islamisten Paroli, sondern wieder nur engagierten Österreichern.

Schluss mit Doppelstaatsb

FPÖ fordert endlich gesetzeskonformes Vorgehen gegen den von der Tür

Wer Österreicher werden will, verliert sein alte Staatsbürgerschaft. Die Türkei hat jedoch Neo-Österreichern wieder den türkischen Pass verliehen. Darum treten türkische Politiker bei Wahlen oder vor dem kommenden Referendum so häufig in Österreich auf. Die FPÖ fordert ein Ende dieses „geförderten Rechtsbruches“.

Wer die österreichische Staatsbürgerschaft durch Verleihung erwirbt, verliert dadurch grundsätzlich jegliche Fremd-Staatsbürgerschaft. Was im Gesetz so einfach geregelt wird, scheint in der Praxis nicht so genau genommen zu werden.

Insbesondere die türkische Regierungspartei AKP von Staatschef Recep Tayyip Erdogan hat in den letzten Jahren massiv Austrotürken den türkischen Pass aus wahltaktischen Gründen wieder ausgehändigt. Bei der letzten Parlamentswahl 2015 haben 69 Prozent der türkischen Wähler in Österreich für die AKP gestimmt.

Missachteter Gesetzesbruch

Wie viele Austrotürken tatsächlich beide Pässe haben, ist den heimischen Behörden nicht bekannt, weil Ankara die Auskunft verweigert. Schätzungen reichen von 12.000 bis 60.000. Mit diesen zigtausenden türkischen Doppelstaatsbürgerschaften habe die rot-schwarze Koalition das Erstarken von Parallelgesellschaften indirekt unterstützt, kritisiert FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl: „Österreich wird als Rechtsstaat nicht ernstgenommen, weil SPÖ und ÖVP den rechtswidrigen

Zustand der Doppelstaatsbürgerschaften zulassen, genauso, wie sie dem Treiben in den Schulen und Moscheen nur hilflos zusehen und ein zahnloses, halbherziges Islamgesetz beschlossen haben.“

Planquadrate bei Referendum

Eine klare Antwort gab dazu auch FPÖ-Obmann HC Strache am vergangenen Sonntag in der ORF-„Pressestunde“. Das Ziel müsse sein, Doppelstaatsbürgerschaften offenzulegen, um gegebenenfalls auch den Missbrauch bei Sozialleistungen zu bekämpfen: „Man könnte am Tag des türkischen Referendums vor der Botschaft und den Konsulaten, mittels ‚Doppelstaatsbürgerschafts-Planquadraten‘ die Personen kontrollieren lassen. Das wäre eine Möglichkeit, um den vorsätzlichen Rechtsbruch zu verhindern.“

Sollte sich herausstellen, dass es sich um illegale Doppelstaatsbürger handle, dann müsse ihnen die österreichische Staatsbürgerschaft sofort entzogen werden, betonte HC Strache.

Mit einem Entschließungsantrag fordert die FPÖ zudem die Koalition auf, ein Maßnahmenbündel zu präsentieren, das zum Inhalt hat, die illegalen türkischen „Doppel-



HC Strache und Herbert Kickl fordern Behörden und damit den Verlust des ös

staatsbürger“ aufzuspüren, ihnen den österreichischen Reisepass zu entziehen und sie auch aus dem österreichischen Wählerverzeichnis streichen zu lassen.

Keine Lösung in Sicht

Im Innenministerium hat man den „schwarzen Peter“ bei den illegalen Doppelstaatsbürgerschaften an die Länder weitergereicht: Sowohl die Überprüfung als auch die Aberkennung der Staatsbürgerschaft sei Ländersache. Tirol hat dazu extra eine „Taskforce“ eingesetzt, die konsequent gegen diesen



SPITZE FEDER

Kara Mustafa Paschas Enkel plant Großes.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckergesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

ürgerschaften!

kei massenhaft arrangierten Gesetzesbruch



die konsequente Umsetzung des Staatsbürgerschaftsgesetzes durch die österreichischen Reisepässe für von Ankara geködete Doppelstaatsbürger.

Missbrauch vorgehen solle. Zahlen über derartige Fälle gibt es dazu bisher aber nicht.

Kaum hatte HC Strache das Thema aufs Tapet gebracht, meldete sich auch SPÖ-Kanzler Christian Kern zu Wort. Dies sei „kein haltbarer Zustand“, sagte Kern am Montag in der „ZiB2“. „Die österreichische Staatsbürgerschaft sammelt man nicht wie Briefmarken.“ Aber wie das Problem beenden? Dazu müsse man erst Mittel und Handhaben finden, meinte Kern – womit das Problem wohl auf die lange Bank geschoben wird.

HINTERGRÜNDE

Wer die **österreichische Staatsbürgerschaft** durch Verleihung erwirbt, verliert dadurch grundsätzlich die fremde Staatsbürgerschaft. Wenn das bisherige Heimatrecht nicht den automatischen Verlust der Staatsbürgerschaft mit Annahme der österreichischen vorsieht, wird diese vorerst nur zugesichert. Danach muss die betroffene Person ihre bisherige Staatsbürgerschaft binnen zwei Jahren zurücklegen.

AUFSTEIGER 📈



FPÖ-Klubobmann **HC Strache** und Grünen-Abgeordneter **Peter Pilz**, die neun Jahre nach dem Abdrehen des ersten U-Ausschusses zur Causa Eurofighter jetzt für volle Aufklärung über die umstrittene Anschaffung eingetreten sind.

ABSTEIGER 📉



Die Klubchefs von SPÖ und ÖVP, **Andreas Schieder** und **Reinhold Lopatka**, deren Parteien den ersten U-Ausschuss 2007 „abdrehen“. Sie wollen zwar jetzt aufklären, aber nur die Rolle, die die jeweils andere Partei in der Affäre gespielt hat.

KURZ UND BÜNDIG



Fehlende Kostentransparenz

„Ein beinahe unüberschaubares Angebot an Informationsbroschüren zum Thema Migration und Schule ist das Ergebnis der angeblichen Bemühungen des Bildungsministeriums, die schulischen Herausforderungen, die mit dem Zustrom einer Vielzahl von Migrantenkindern aufkamen, zu bewerkstelligen“, so FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer (Bild). Die FPÖ kritisiert dabei vor allem die fehlende Kostentransparenz dieser Broschüren, eine parlamentarische Anfrage soll darüber nun Licht ins Dunkel bringen.

„Gleiches Recht für alle“

Drittstaatsangehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, erhalten in Österreich die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS). „Dabei sei es nach wie vor gelebte Praxis, dass kaum Auskünfte über die Vermögenswerte dieser Menschen im Ausland eingeholt werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der Österreicher schlechter stellt als Ausländer. Es muss gleiches Recht für alle gelten“, so der Dritte Präsident des Nationalrates und FPÖ-Vizeparteiobmann Norbert Hofer (Bild).



FPÖ fordert EU-Reform

ÖVP-Außenminister Kurz spricht sich gegen höhere EU-Beiträge für Österreich nach dem Brexit aus. Diese geringfügigen Einsparungen seien für die FPÖ zu wenig. „Erstes Ziel sollte eine Halbierung des gesamten EU-Apparates und eine Halbierung der ‚Subventionszuständigkeiten‘ sein. Dadurch könnte nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in den einzelnen Mitgliedsstaaten Bürokratie abgebaut, das Förderungsweisen auf effizientere Grundlagen gestellt und gleichzeitig viel Geld für die einzelnen Beitragszahler gespart werden“, so FPÖ-Außenpolitikssprecher Johannes Hübner (Bild).



BILD DER WOCHE Die Freude über den U-Ausschuss hielt sich beim ÖVP-Vizekanzler und beim SPÖ-Kanzler in Grenzen.

Staat will Vollzugsdefizite bei Gesetzen vertuschen

Für FPÖ-Justizsprecher Harald Stefan wollen SPÖ und ÖVP jetzt ihren Pfusch beim Islamgesetz kaschieren. Im NFZ-Interview warnt er daher vor diesem gefährlichen Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für alle Österreicher.

Braucht es überhaupt eine Änderung des Versammlungsrechtes, um Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Österreich zu verbieten?

Stefan: Es ist wie so oft eine Scheindiskussion. Man tut so, als müsse man neue Gesetze machen, dabei könnte man aufgrund der bestehenden Gesetze ausreichend vorgehen. Wenn die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet ist, kann man Veranstaltungen untersagen. Daher muss man aufpassen, wenn neue Gesetze kommen, weil die dann unter Umständen eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit – und das ist eines der Grundrechte – beinhalten.

Taugt das Versammlungsrecht, um gegen Islamisten vorgehen zu können, wie Minister Sobotka behauptet?

Stefan: Auch hier kommen wir mit den bestehenden Gesetzen aus, man müsste sie nur tatsächlich anwenden. Obwohl, beim Islamgesetz gibt es hier einen Änderungsbedarf. Mit dem Gesetz hat man eine ziemlich radikale Organisation zwangsläufig zum Sprecher für alle Muslime gemacht. Die Auslandsfinanzierung islamischer Vereine hat man pseudoartig verboten, indem man gleich eine Umgehung über Stiftungskonstruktionen aufgezeigt hat. Hier besteht Handlungsbedarf, und mit diesem Gesetz könnte man dann den politischen Islam zurückdrängen.

Besteht mit dem aktuellen Gesetzesvorschlag nicht die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung dieses Gesetzes?

Stefan: Im Grunde reden SPÖ und ÖVP um den Brei herum. Warum machen so viele türkische Politiker Wahlkampf

in Österreich? Weil es so viele Türken mit Doppelstaatsbürgerschaften, also potentielle Wähler, gibt. Es macht außer der AKP keine andere ausländische Partei Wahlkampf in Österreich. Daher wird hier eine Möglichkeit geschaffen, die zu Missbrauch führen kann. Denn es könnte die Regierung durchaus stören, dass eine Frau Le Pen oder eine Frauke Petry auf einer FPÖ-Veranstaltung auftritt und sie könnte diesen Auftritt dann möglicherweise unterbinden.

„Wer hindert die Regierung, endlich Druck auf Ankara auszuüben?“

Kann der Staat gegen das türkische Keilen mit Doppelstaatsbürgerschaften

wirklich nichts unternehmen?

Stefan: Wir weisen seit vielen Jahren auf diesen Missstand hin. Aber das hat man weitgehend negiert. Wer hindert die Regierung, politischen Druck auf Ankara auszuüben? Wenn die Türkei sich nicht an Verträge hält, dann muss man einmal die Bevorzugungen aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Türkei zur Sprache bringen. Der Staat könnte bei Veranstaltungen, auf denen massenhaft türkische Fahnen getragen werden, die Leute kontrollieren, ob sie einen österreichischen oder einen türkischen Ausweis haben.

Das würde sicher den Menschen zu denken geben, zu welchem Land sie sich bekennen und wessen Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen.



Thema der Woche

Erdogans Wahlkämpfe sind in Wien nichts Neues: 2014 – ein Jahr vor der

Mit Versammlungs

Rot-schwarzer Eiertanz um eine Gesetzesregelung

Das türkische „Verfassungsreferendum“ hat die österreichische Innenpolitik erreicht. Rot und Schwarz mühen sich um ein Gesetz ab, mit dem Erdogans politischer Islam aus Österreich ferngehalten werden soll. Die FPÖ fordert dazu ein klares „Verbotsgesetz“, statt politisch motivierte Verschärfungen im Versammlungsrecht.

Seit Wochen ringen ÖVP und SPÖ um ein neues Versammlungsrecht, mit dem man Wahlkampfauftritte von Parteigängern des türkischen Staatspräsidenten in Österreich verhindern möchte. Nachdem SPÖ-Kanzler Christian Kern mit seinem Plan gescheitert ist, auf EU-Ebene ein derartiges Regelwerk zu erreichen, wird jetzt heftig über die Vorlage von ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka diskutiert.

Verwaschene Formulierung

Nach dem Entwurf des Innenministeriums sollen Ausländern Versammlungen verboten werden können. Und zwar dann, wenn Nicht-EU-Bürger mitwirken, es um politische Vorgänge in einem Nicht-EU-Staat geht und Meinungen erörtert werden, die mit den demokratischen Grundwerten unvereinbar sind. Auch eine Veranstaltung, die dem friedlichen Zusammenleben und der Integration schadet, soll untersagt werden können.

Dass nicht nur speziell türkische, sondern generell ausländische Regierungsvertreter oder hohe Parteivertreter betroffen sein sollen, rechtfertigte Sobotka: „Wir haben Communities aus Bosnien, aus der Türkei, aus Tschetschenien, wir kennen unsere doch sehr unter Beobachtung stehenden Ethnien – aus diesem Grund ist das der richtige Ansatz.“

Politische Intentionen?

Der Koalitionspartner SPÖ zeigt sich wenig erfreut über Sobotkas Vorschlag. Kanzleramtsminister Thomas Drozda kritisierte Sobotkas Entwurf als „völlig untauglich“ und seine Partei sei über die Vorschläge „schwer verärgert“. „Der Innenminister hat zu 98 Prozent jenen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsverbots vorgelegt, den wir schon vor drei Wochen, weil klar verfassungswidrig, abgelehnt haben“, heizte Drozda das Koalitionsklima weiter auf.

Auch die Gesetzespassage zum



Gemeinderatswahl – genehmigte die Stadt Wien einen Auftritt des „Sultans“ in der Albert-Schultz-Halle.

recht gegen Islamisierung?

g zur Verhinderung des politischen Islams in Österreich

Auftrittsverbot von ausländischen Politikern für Wahlkampfwertei sei in der „Sache untauglich“. So sehen die SPÖ-Vorschläge vor, dass in die Anzeige einer Versammlung die „beabsichtigte Teilnahme von Vertretern ausländischer Staaten, internationaler Organisationen oder anderer Völkerrechtssubjekte“ aufgenommen werden soll.

Zudem formulierte die SPÖ neue Gründe für die Untersagung einer Veranstaltung: „Eine Versammlung, die den außenpolitischen Interessen, anerkannten internationalen

Rechtsgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Republik Österreich zuwiderläuft, kann untersagt werden.“

Zuständig wären für derartige Prüfungen der Innen- und der Außenminister. Also müssten Oppositionsparteien bei Einladungen an ausländische Partner einen Bittgang zu diesen beiden ablegen. Ein Passus, der insbesondere auf die FPÖ und ihre ausländischen Kooperationspartner abzielen könnte, mit denen die EU-kritischen Aussagen von

Front-National-Chefin Marine Le Pen oder eines Geert Wilders in Österreich unterbunden werden könnten. Denn beide haben für Referenden über den Verbleib ihrer Länder in der EU plädiert, was dem „außenpolitischen Interesse“ der Koalition widerspricht, die darin ja „eine Zerschlagung der EU“ erblickt. Die mediale Etikettierung der beiden Politiker als „rechtsextrem“ könnte das ihre dazu beitragen.

Verbot der Islamisierung reicht

Im Übrigen reicht die derzeitige Gesetzeslage, gemäß der problematische Erdogan-Werbeveranstaltungen in Herzogenburg, Wiener Neustadt, Hörbranz und Linz verhindert werden konnten. FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache hatte in der ORF-„Pressestunde“ der Koalition vorgeworfen, bisher keine Konsequenzen aus dem Verhalten der türkischen Regierung gezogen zu haben. Man solle klar formulieren, worum es eigentlich geht, und das ist die Verhinderung der Islamisierung in Österreich: „Das erreicht man nicht über das Versammlungsgesetz. Wenn es der Koalition ernst wäre, dann sollte sie hier ein Verbotsgesetz für den politischen Islam ausformulieren.“



„Unsere Entscheidung – Ja“ – für Erdogans Machtausbau. Veranstaltungen wie diese in Bregenz sollen „leichter“ verboten werden können.



POLITIK
ANALYSIERT

HC Strache
FPÖ-Bundesparteiobmann

Türkische Wahlkampfauftritte in Österreich müssen konsequent untersagt, unterbunden und verhindert werden. Aber die rot-schwarze Regierung lässt türkische Politiker ungehindert bei politischen Wahlkampfveranstaltungen auftreten, obwohl sie zuerst vollmundig angekündigt hat, solche Veranstaltungen unterbinden zu wollen.

Weiter kosenquenzlos?

Wieder einmal ist es bei leeren Worthülsen und reinen Ankündigungen der Regierung ohne Umsetzung geblieben.

Das traf bisher insbesondere bei der Integration zu, wie SPÖ und ÖVP zuletzt beim zahnlosen Islamgesetz gezeigt haben. Mit diesem Gesetz hätte man der Islamisierung in Österreich einen Riegel verschieben können. Man hat es versäumt. Das will man jetzt mit einer völlig untauglichen Reform des Versammlungsgesetzes nachholen.

Und eine weitere Baustelle im Integrationsbereich ist wieder aufgebrochen. Seit Jahren wurden zigtausende rechtswidrige Doppelstaatsbürgerschaften zugelassen und nichts gegen diesen Betrug unternommen. Die Türkei hat zum Datenaustausch betreffend Wiedereinbürgerungen 2010 sogar einen internationalen Vertrag gekündigt – völlig sanktionslos von Seiten der Koalition und der EU.

Während die EU ihre zahlenden Mitglieder anhält, penibel alle Verträge einzuhalten, gesteht sie dem Beitrittswerber und Milliardenempfänger Türkei hier quasi Narrenfreiheit zu.

Wenn Ankara sich einseitig aus Verträgen verabschiedet, dann sollten sich SPÖ, ÖVP und Brüssel überlegen, ob Verträge mit dieser Türkei des Herrn Erdogan wirklich noch Sinn machen – oder endlich Konsequenzen gezogen werden.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Eine Organisation, die immer wieder für Erstaunen sorgt, ist der Europarat. Derzeit ist es seine Unterorganisation GRECO, die im Hohen Haus für Verwunderung sorgt. Diese wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, die Korruption zu bekämpfen, was grundsätzlich ein ehrenhaftes Anliegen ist, aber jetzt gerade dabei ist, gehörig über das Ziel hinaus zu schießen.

Unsinn vom Europarat

Zum einen wird gefordert, „die bestehenden Meldevorschriften für Abgeordnete zu überprüfen und einheitliche und aussagekräftige Angaben zu Vermögen, Schulden und Verbindlichkeiten sowie genauere Angaben zu den Einkünften aufzunehmen und eine Erweiterung des Meldeumfangs in Erwägung zu ziehen und auch Informationen über Ehepartner und Unterhaltsberechtigte aufzunehmen“.

Im Klartext bedeutet das, dass Abgeordnete künftig verpflichtet werden sollen, nicht nur die eigenen, sondern auch die Vermögensverhältnisse von Ehegatten und Kindern offenzulegen. Abgesehen von der Frage, wie denn ein Abgeordneter überhaupt an die Kontodaten seiner erwachsenen Kinder gelangen soll, dürfte sich beim Europarat noch nicht herumgesprochen haben, dass Abgeordnete auch Menschenrechte genießen. Ihre Angehörigen erst recht.

Eine solch weitgehende Offenlegungspflicht würde in das Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre eingreifen. Und das unverhältnismäßig stark, zumal es für Beamte keine solche Offenlegungspflicht geben soll. Seltsam, denn im Gegensatz zu Abgeordneten treffen die tatsächlich korruptionsanfälligen Entscheidungen.

GESUNDHEITSPOLITIK

Keine Schonfrist

Keine Schonfrist stellte die FPÖ der neuen SPÖ-Gesundheits- und Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner (Bild) in Aussicht. Wie FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein ausführte, sei die neue Ministerin mit den drängendsten Baustellen des Ressorts bestens vertraut. Deren Reparatur sei dringend angeraten, sowohl um das Gesundheitswesen an sich als auch dessen Finanzierung in den nächsten Jahren sicherzustellen.



TIERSCHUTZ

Neues Gesetz

Die in den Medien heiß diskutierte Novellierung des Tierschutzgesetzes liegt nun auch dem Parlament vor. Das verantwortliche Gesundheitsressort wies darauf hin, dass auch aufgrund der zunehmenden gesellschaftspolitischen Bedeutung des Themas einzelne Anpassungen notwendig waren.

U-Ausschuss wurde vom Parlament gebilligt

FPÖ wird diesmal „Abdreh-Versuche“ der Koalition nicht zulassen

Der erste Schritt für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Eurofighter-Kauf ist gesetzt. FPÖ und Grüne haben in der Sondersitzung des Nationalrats vergangenen Dienstag ein entsprechendes Verlangen eingebracht.

Der Antrag von FPÖ und Grünen auf Einsetzung eines neuen Eurofighter-Untersuchungsausschusses ist zum Abschluss der Sondersitzung des Nationalrats dem Geschäftsordnungsausschuss zugewiesen worden. In dessen nächster Sitzung, vermutlich am 28. März, wird dann der Beweisbeschluss gefasst und werden Verfahrensrichter und Verfahrensanwalt bestimmt.

Danach fehlt nur noch ein kleiner Schritt zum Start. Sobald die Ma-

terie in der nächsten Plenarsitzung, vermutlich am 29. März, behandelt wird, gilt der Ausschuss als eingesetzt.

Kein Abdrehen

„Manchmal muss man sich auch zusammenraufen, damit etwas Gutes herauskommt“, erklärte FPÖ-Klubobmann HC Strache bezüglich des blau-grünen Antrags zu diesem Untersuchungsausschuss. Er versprach Aufklärung auf allen Ebenen. Einem Abdrehen des Ausschusses durch vorgezogene Neuwahlen erteilte HC Strache



HC Strache versprach Aufklärung auf allen Ebenen in der „Causa Eurofighter“.

eine Absage: Die FPÖ sei Garant für eine Fortsetzung des Ausschusses, auch nach einer Wahl.

„Burkaverbot“ hilft betroffenen Frauen

„Es ist ein offenes Geheimnis, dass die meisten Frauen die Burka nicht freiwillig tragen. Da ist ein Verschleierungsverbot ein wich-



tiger Schritt für die Betroffenen“, erklärte FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek in Zusammenhang mit dem Verschleierungsverbot im geplanten Integrationsgesetz. Sie sehe in einem Verbot auch eine Starthilfe für die Integration dieser Frauen: „Leider erleben wir seit Jahren, dass quer durch Europa immer mehr Parallelgesellschaften entstehen. Da kann ein Schritt wie das geplante Verbot Wunder wirken, da eine Vollverschleierung stets eine Abgrenzung zur Außenwelt darstellt.“

An die Bundesregierung richtete Schimanek den Appell, das Ver-

schleierungsverbot schnell durchzuziehen und darin auch jene Personen mit einer Strafandrohung zu versehen, die andere zur Verschleierung zwingen. Viele Länder hätten ein Verschleierungsverbot bereits umgesetzt und machen damit, wie Frankreich und die Schweiz zeigen, gute Erfahrungen. Aber auch der Senegal und Gabun in Afrika hätten bereits ein Verbot umgesetzt, und das, obwohl der Senegal sogar ein mehrheitlich muslimisches Land sei, betonte Schimanek: „Dort wurde per Gesetz deklariert, dass die Burka nichts mit der Religion zu tun hat!“

Bildungsreform wird wieder nichts bringen

Hochtrabende Formulierungen, aber keine Lösungen für die echten Probleme an den Schulen

Als ein „rhetorisch schön verpacktes Paket“, versehen mit dem Etikett „Autonomie“, das über die wahren Probleme des Schulalltags hinwegzutäuschen versuche, bezeichnete FPÖ-Bildungssprecher Wendelin Mölzer die von Rot und Schwarz geplante Reform.

Die aktuellen Vorschläge, wonach Schulen – oder besser gesagt, deren Direktoren – künftig mehr Autonomie zukommen, sind laut Mölzer als „Bündelung politischer Macht in Händen des Direktors“ zu bewerten, auf Kosten der Handlungsfähigkeit der Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter.

„Selbst wenn dieser erweiterte Handlungsspielraum der Direktoren, der für die jeweiligen Schulstandorte entstehen soll, die Bedürfnisse der Region und das Bildungsangebot widerspiegeln, so ist darin kein Autonomiepaket, sondern lediglich ein Sparpaket zu erkennen“, warnte Mölzer. Denn für eine wahre Autonomie bedürfe es auch des Zugriffs auf den finanziellen, den personellen sowie den pädagogischen Bereich. Diesen suche man aber in diesem „rot-schwarzen Reformpäckchen“ vergeblich. Diese Kritik wurde von der Lehrergewerkschaft bestätigt, die neben dem Wegfall eines Mitspracherechts der Schulpartner vor allem das Dienst- und Besoldungsrecht kritisierte.

dagischen Bereich. Diesen suche man aber in diesem „rot-schwarzen Reformpäckchen“ vergeblich. Diese Kritik wurde von der Lehrergewerkschaft bestätigt, die neben dem Wegfall eines Mitspracherechts der Schulpartner vor allem das Dienst- und Besoldungsrecht kritisierte.

Weitere Politisierung der Schule

Ein weiterer Kritikpunkt für Mölzer ist die damit einhergehende Politisierung von Direktorenposten. Diese erhielten somit künftig die Möglichkeit, ohne Kontrolle und Mitspracherecht durch Eltern-, Lehrer- und Schülervertreter politische Vorstellungen an der Schule durchzusetzen. Im Prinzip handle es sich dabei um jenen unausgereiften Entwurf, den bereits die inzwi-



Foto: WZ

Bildungsreform geht an den wahren Problemen der Schulen vorbei.

schen gescheiterte SPÖ-Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek präsentiert hatte.

„Gänzlich außer Acht lässt dieser Entwurf die tatsächlichen Probleme im Schulalltag, die vor allem in der fehlenden Kompetenz

von Sprache und wichtigen Grundkenntnissen der Hauptgegenstände liegen“, fügte Mölzer hinzu. Im Prinzip laufe das Papier einzig auf die Einführung der Gesamtschule durch die Hintertür – mit Beihilfe der ÖVP – hinaus.

Heimlicher Ausverkauf beim Bundesheer?

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport verkauft, wenn man den Aussagen des lettischen Verteidigungsministeriums glauben darf, diesem Land 47 Panzerhaubitzen M-109A5Ö (Bild). „Statt diese schweren Waffen zu verkaufen, sollten die Waffensysteme in die Miliz verschoben werden, um eine Aufwuchsfähigkeit gewährleisten zu können“, forderte der Vorsitzende des Landesverteidigungsausschusses und freiheitliche Wehrsprecher Reinhard Bösch.

Auch scheine es um die Planung im Ressort nicht zum Besten zu stehen, betonte Bösch. Denn im Zuge der Budgeterstellung Ende November 2016 habe SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil einen Verkauf von lediglich 34 Panzerhaubitzen M-109A5Ö zu einen geplanten Erlös von 3,4 Millionen Euro angekündigt.

Ob Bundesminister Doskozil über die aktuellen Verkaufspläne tatsächlich vollumfänglich informiert sei, fragte auch der burgen-



Foto: Bundesheer

Abverkauf beim Heer gestartet.

ländische Landtagsabgeordnete und Präsident der Bundesheergewerkschaft, Manfred Haidinger: „Zuerst werden die Kasernen verjubelt, dann die Fahrzeuge und dann die schweren Waffen. Ich habe den Eindruck, dass die Generäle dem Bundesminister nicht immer alle notwendigen Informationen zukommen lassen. Denn wie sonst kann man diesen Verkauf mit dem Ziel des Ministers, das Bundesheer wieder hochzufahren, damit unser Heer auch seine Aufgabe gemäß der Verfassung erfüllen kann, in Einklang bringen? Aus Sicht der Bundesheergewerkschaft ist dieser Verkauf zu stoppen.“

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Der klassische Einzelfall

Es war einer dieser klassischen „Einzelfälle“ im Gefolge der Masseneinwanderung des Jahres 2015: Im Juni vergangenen Jahres gab es im Einsiedlerpark in Wien-Margareten einen Raufhandel, bei dem Berichten zufolge mehr als zehn Jugendliche beteiligt waren. Die Hintergründe waren vorerst noch Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. Aus einer Anfragebeantwortung von ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka an die FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein geht jetzt hervor, dass die genaue Anzahl der Beteiligten dieser Tat gar nicht festgestellt werden konnte, da die meisten Personen schon vor Eintreffen der Polizei geflohen waren. Unter den ausgeforschten Beteiligten befanden sich aber ausschließlich ausländische Staatsbürger aus Afghanistan, Russland und der Türkei – vier davon Asylberechtigte. Einer war mit einem Klappmesser bewaffnet.



Foto: WZ

„Basiskonto“ ohne jegliche Basisdaten

„Kontoführung darf kein Privileg sein, sondern muss, ähnlich der Freiheit und Gleichheit, zu den Rechten jedes Bürgers gehören“, lautete der Wahlspruch zur Einführung des „Basiskontos“ für jedermann im Vorjahr. Jetzt wollte der FPÖ-Abgeordnete Peter Wurm von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger wissen, wieviele der 150.000 Österreicher, die damit beglückt werden sollten, schon ein „Basiskonto“ eröffnet haben. Die Antwort Stögers fiel knapp aus: Er habe dazu keine Daten, da die Kreditinstitute ihm diese nicht übermitteln müssen. Eine diesbezügliche Verordnung der Finanzmarktaufsicht sei aber in Ausarbeitung. Erste Zahlen gebe es daher frühestens 2018.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Türkei-Deal: Merkel verschwiegen Zahlen

Recherchen für ein Buch des „Welt“-Journalisten Robin Alexander haben nun wichtige und erschütternde Details zum „Flüchtlings-Deal“ mit der Türkei aufgedeckt: Demnach hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit Niederlands Premier Rutte der Türkei im März vorigen Jahres zugesagt, 150.000 bis 250.000 Migranten pro Jahr aus der Türkei direkt nach Europa zu holen.

Das Pikante daran: Diese Zahlen wurden gegenüber den anderen EU-Staaten verschwiegen.

„Die volle Wahrheit mutete Merkel den Deutschen nicht zu“, titelt die „Welt“. Auch sei das Geschäft kein überraschender Vorschlag der Türkei gewesen, sondern schon am Tag zuvor mit Erdogans Premier ausgehandelt worden.

Der ganze „Türkei-Deal“ war de facto ein verantwortungsloser Alleingang der deutschen Kanzlerin. Da wundert deren Türkei-Politik wirklich nicht mehr: Zuerst das Schweigen, als Erdogan nach dem Putsch mit massiven Verletzungen von Rechtsstaat und Demokratie reagierte. Jetzt der knieweiche Kurs gegenüber den Millionen Türken in Deutschland und Europa, die Erdogan für seine Zwecke instrumentalisiert. Und die sich – das muss man auch sagen – zu einem viel zu großen Teil auch instrumentalisieren lassen. Selbst schuld: In Deutschland kann man ganz offen für eine Präsidialdiktatur eintreten, solange sie nur islamisch ist – und genießt dafür das Vertrauen der Kanzlerin.

Niederlande erhöhen Reisewarnung für Türkei

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat den Niederlanden am vergangenen Sonntag Konsequenzen für die Ausweisung der Familienministerin angedroht: „Wir werden ihnen eine Lektion in internationaler Diplomatie erteilen.“ Die Niederlande würden für den Schaden, den sie den Beziehungen mit der Türkei zugefügt hätten, einen hohen Preis bezahlen. Er forderte sogar die internationale Staatengemeinschaft auf, Sanktionen gegen die Niederlande zu verhängen.

Zudem griff der türkische Präsident in seiner Tirade gegen die Niederländer zu Nazi-Vergleichen. „Ich dachte, der Faschismus sei vorbei, aber ich lag falsch. Der Nazismus ist im Westen lebendig“, rief Erdogan der Menge in Istanbul zu, die zu der Werbeveranstaltung für das umstrittene Referendum geströmt war.

Diese Botschaft übernahm auch die staatlich gelenkte türkische Presse mit Aufmachern wie „Fa-

schistisches Europa“ oder „Das sind die Überbleibsel der Nazis“.

Die Niederlande selbst haben die offiziellen Warnhinweise für Türkei-Reisende verschärft. Das Außenministerium verweist auf seiner Website auf die jetzigen diplomatischen Spannungen mit dem Land hin. Niederländische Touristen werden aufgefordert, in der Türkei größere Menschenversammlungen sowie volle Plätze zu meiden. Von Reisen in die Türkei wird aber generell – noch – nicht abgeraten.



Erdogan droht Niederlanden.

Island hat ohne „E“ die Wirtschaftskri

Islands Regierung hat jetzt die letzten Kapitalreg



Zu ihrem Glück haben sich die Isländer gegen eine „Rettung durch die EU“ ausgesprochen. So steht Island sogar besser da als die meisten Euro-Länder, die jetzt um Hilfe

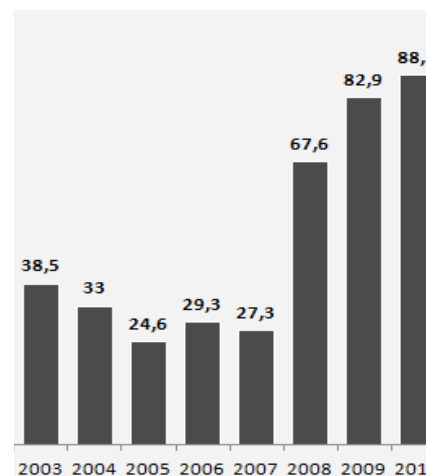
Im Gegensatz zu Griechenland schickten die Isländer zu Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise marode Banken in den Konkurs, werteten ihre Währung ab und ließen sich von Brüssel nicht zu einem „Hilfsprogramm“ gängeln. Jetzt hat die Regierung die im Zuge der Finanzkrise von 2008 verhängten Kapitalkontrollen aufgehoben.

Die isländische Regierung hatte die Restriktionen 2008 als Reaktion auf die Finanzkrise verhängt, um eine Kapitalflucht zu verhindern und einen Kollaps der isländischen Krone zu verhindern. Island war durch die Verwicklung seiner Banken schwer von der Finanzkrise betroffen. Die Kapitalkontrollen beschnitten das Recht der Isländer zum Erwerb von Eigentum im Ausland und zum Tausch der Krone in ausländische Devisen. Gleichzeitig machten sie das Land für ausländische Investoren unattraktiv.

Falsche EU-Horroszenarien

Die Abwertung der eigenen Währung hatte die Isländer zweifellos hart getroffen. Aber die Abwertung erwies sich als Medizin für die isländische Wirtschaft und schuf nicht jene von der EU prognostizierten Horroszenarien, wonach Island auf Jahrzehnte verarmt bliebe, einen Großteil seiner Bevölkerung durch Auswanderung verlieren würde und zu Hause mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hätte.

Um an EU-Hilfe zu gelangen, hätte sich Island den Forderungen aus Brüssel unterwerfen, alle EU-Richtlinien umsetzen, seine Fischgründe für EU-Fangflotten öffnen, den Euro einführen und leichtsinnige EU-Sparer entschädigen müssen, die durch den Konkurs der größten Bank, der „Icesave“ um ihre Einlagen umfielen.



Die Rosskur zeigt Wirkung: Die explosiven am BIP) seit der Finanzkrise 2008

U-Zwangshilfe“ se überwunden

ulierungsmaßnahmen aufgehoben



ausgesprochen. Neun Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise Milliarden zur „Griechenland-Hilfe“ und „Euro-Rettung“ zittern müssen.

In zwei Volksabstimmungen wiesen die Isländer diese „EU-Hilfe“ zurück und entschieden sich dafür, die Krise selbst zu meistern.

Abwertung als Heilschock

Und so wanderten nur wenige Isländer im Zuge der Wirtschaftskrise aus, durch Einwanderung aus Europa wuchs die isländische Bevölkerung insgesamt sogar leicht. Der Konjunktureinbruch fiel mit 3,5 Prozent deutlich milder aus als zu Beginn der Krise befürchtet. Selbst am Ende der Wirtschaftskrise hatte Island immer noch ein

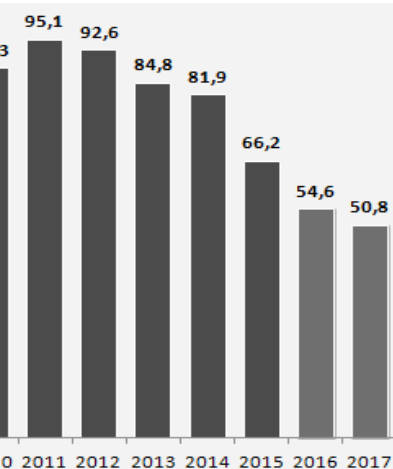
Pro-Kopf-Einkommen von 39.668 US-Dollar – und damit etwas mehr als Länder wie Großbritannien oder Neuseeland.

Selbst die Inflationsrate, die zwischenzeitlich auf 18 Prozent angestiegen war, fiel schnell wieder auf moderate Werte zurück. Noch besser jedoch war die Entwicklung der isländischen Handelsbilanz. Denn Island konnte zum ersten Mal seit Jahren wieder einen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaften – und genau das war ja auch das Ziel der Abwertung. Irland und Griechenland hatten diese Möglichkeit in ihrer Euro-Schuldenkrise nicht.

Beste Wirtschaftsdaten

Ein florierender Tourismus und Investitionen sorgten im vergangenen Jahr für einen Rekordaufschwung. Vorläufigen Zahlen zufolge legte das Wirtschaftswachstum 2016 um 7,2 Prozent zu. Zuletzt verzeichnete auch Islands Währung den höchsten Stand seit der Finanzkrise: Innerhalb der vergangenen zwei Jahre hat Islands Krone 24 Prozent an Wert gewonnen und ist so wertvoll wie zuletzt im Jahr 2008. Einige Ökonomen warnen bereits vor einer Überhitzung der isländischen Wirtschaft.

Das würde man wohl auch gerne aus Athen hören.



lierende Staatsverschuldung (gemessen in Prozent des BIP) konnte bis 2016 fast halbiert werden.

KURZ UND BÜNDIG



Kein EU-Geld für Türkei

„Die EU-Zahlungen an die Türkei müssen sofort gestoppt werden“, forderte Harald Vilimsky, Delegationsleiter der FPÖ im Europaparlament. Da die Europäische Union formal ja immer noch mit dem Erdoğan-Regime über einen EU-Beitritt verhandle, fließen unter dem Titel „Heranführungshilfe“ nach wie vor Millionen Euro an die Türkei. Es sei blanker Hohn, dass rund 1,6 Milliarden Euro davon für „den Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ vorgesehen sind. „Es geht nicht an, dass eine islamistische Quasi-Diktatur, deren Führung immer wieder wilde Beschimpfungen gegenüber EU-Staaten ausstößt, dafür auch noch belohnt wird“, sagte Vilimsky.

Lohnverluste in Europa

Österreich musste sich 2016 laut einer Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit einer Lohnsteigerung von 0,32 Prozent begnügen. Damit liegt das Land auf dem fünftletzten Platz in der EU. Der Studie zufolge haben sich die Löhne in den vergangenen acht Jahren in den 28 EU-Staaten völlig unterschiedlich entwickelt. In 18 Staaten inklusive Österreich habe es zwar nominelle Anstiege gegeben, die aber nach Berücksichtigung der Inflation real in Verluste umschlugen. In lediglich drei Ländern der Union – Deutschland, Polen und Bulgarien – konnten sich die Arbeitnehmer über reale Lohnsteigerungen freuen.



Hungerkatastrophe durch Machtkämpfe in Afrika

In einem dramatischen Appell hat UNO-Nothilfekoordinator Stephen O'Brien den UNO-Sicherheitsrat zur Hilfe für Millionen hungernder Menschen aufgerufen. Nach seinen Worten droht rund 20 Millionen Menschen in vier Ländern der Hungertod, sollte sich die internationale Gemeinschaft nicht zu einer größeren Hilfsaktion entschließen. O'Brien hatte den Jemen, Südsudan, Somalia und den Norden Nigerias besucht und sich ein Bild von der Lage gemacht. In allen diesen Ländern wird die Hungerkatastrophe von bürgerkriegsähnlichen Zuständen verursacht.

Nach Auffassung der Vereinten Nationen befindet sich das Zentrum dieses Sturms in dem seit 2011 unabhängigen Südsudan. Die dortige Regierung will aus der Not und dem erwarteten Hilfsprogramm Kapital schlagen. So will das Arbeitsministerium in der Hauptstadt Juba die Gebühren für eine Arbeits-erlaubnis ausländischer Hilfskräfte von 100 auf 10.000 Dollar erhöhen.

Vor wenigen Tagen ordnete die Regierung den Abzug aller Hilfswerke aus einer Region in der von der Hungersnot am schlimmsten betroffenen Unity-Provinz an. Die Armee bereite einen Angriff gegen die Rebellen vor, hieß es zur Begründung. Der jüngste Bürgerkrieg im Südsudan begann vor drei Jahren mit einem Konflikt zwischen Kiir Mayardit, der dem Mehrheitsvolk der Dinka angehört, und seinem Stellvertreter Riek Machar, einem Nuer.



Hungersnot durch Bürgerkriege.

TERMINE

MÄRZ 16
**Bürgerversamm-
lung in Favoriten**

Auf Verlangen der FPÖ-Favoriten findet am Donnerstag, dem 16. März 2017, eine Bürgerversammlung zur öffentlichen Beleuchtung in Favoriten in der Volkshochschule Per-Albin-Hansson Siedlung Ost (Ada-Christen-Gasse 2B, 1100 Wien) statt. Beginn: 18.00 Uhr.

MÄRZ 18
**„Blauer Hausball“
der FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 18. März 2017, zum „Blauen Hausball“ ins Schloss Thürlhof (Münichplatz 5, 1110 Wien). Einlass: 19.00 Uhr, Beginn: 20.00 Uhr. Karten- und Tischreservierungen bei Katharina Krammer: Tel.Nr.: 0664-2833183 oder: katharina.krammer@fpoe-simmering.at

MÄRZ 21
**Seniorenstamm-
tisch in Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 21. März 2017, zu ihrem Seniorenstammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referentin: FPÖ-Familiensprecherin Anneliese Kitzmüller. Beginn: 15.00 Uhr.

MÄRZ 29
**Stammtisch der
FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 29. März 2017, zu ihrem Stammtisch ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Referentin: FPÖ-Stadträtin Ursula Stenzel. Beginn: 19.30 Uhr.

APRIL 5
**Stammtisch der
FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 4. April 2017, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referentin: FPÖ-Nationalratsabgeordnete Jessi Lintl. Beginn: 19.00 Uhr

LESER AM WORT

**Grüner Parteisoldat**

Extremismus ist zweifelsohne ein Thema, das unseren Schülern nähergebracht werden muss. Dass in einem Linzer Gymnasium als Vortragender ein grüner Parteisoldat hierfür ausgewählt wurde, wirkt befremdlich. Dass dann genau dieser seine verantwortungsvolle Aufgabe missbraucht und eine im Parlament vertretene Partei mit Extremismus in Verbindung bringt, zeigt das wahre Gesicht dieser Politiker. Leider wieder ein trauriger Beweis dafür, wer es nicht aufgibt, unsere Gesellschaft zu spalten. Gessinnungspolitik, egal welcher Seite zurechenbar, hat in einer Schulklasse nichts verloren.

Christian Deutinger, Kematen



Foto: Land 00

Deutschpflicht an Schulen

Auch wenn Verfassungsrechtler, die von linker Seite für Gutachten bezahlt werden, zu anderen Ansichten gelangen mögen: Schulen sind keine privaten Freizeitklubs, sondern öffentliche Institutionen, die

mit Steuergeldern finanziert werden und in denen rigoros jenes „Mobbing“ zu bekämpfen ist, das unsere Kinder und Enkelkinder täglich erleiden müssen, wenn sie in einer Pflichtinstitution im eigenen Land während der Pausen durch fremdsprechende Gruppen in unerträglicher Weise ausgegrenzt werden. Diese massiven Fehlentwicklungen sind es, die durch Deutschpflicht sofort zu stoppen sind!

Hans Mayer (via E-Mail)

Erdogans Nazivergleich

Dass gerade die Holländer vom Türkenpräsidenten Erdogan als Nazis und Faschisten bezeichnet werden, ist mehr als absurd. Das zeigt, dass Erdogan überhaupt keine Gschichtskenntnisse hat. Die Niederlande mussten im Zweiten Weltkrieg sehr unter den Nazis leiden. Es wäre wünschenswert, dass die Politiker aller EU-Länder mehr Rückgrat zeigen und sich nicht von diesem „Sultan Erdogan“ schamlos erpressen lassen.

Ernst Pitlik, Wien

Stoppt den Hetzer!

Jetzt kann die EU zeigen, wie man mit einem Aggressor umgeht. Es kann nicht sein, dass ein orientalischer Möchtegern-Diktator ganz Europa beschimpft und bedroht, in fremden Ländern seine Auftritte macht und die Auslands-

türken gegen ihre Gastländer aufhetzt. Die EU muss sämtliche Zahlungen an die Türkei sofort einstellen. Scheinbar ist ein Körperteil in Brüssel völlig unbekannt: das Rückgrat. Von Charakter, Intelligenz usw. möchte ich in diesem Zusammenhang nicht schreiben...

Stephan Pestitschek, Strasshof



Foto: NFZ

Neuer Pass, alte Heimat?

Ohne die verdeckte Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft zu haben, hätten wir die Probleme mit Erdogan auch nicht! Wenn jemand auf seine frühere Staatsangehörigkeit wert legt, beweist er damit, dass er hier noch nicht angekommen ist! Anders formuliert, um die österreichische Staatsbürgerschaft wird nur angesucht, um an den Vorteilen eines demokratischen Landes mit seinem sozialen Standard mitpartizipieren zu können, ohne dieses als neue Heimat zu betrachten!

Stephan Szekely, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



FPÖ: Entschädigung für alle Misshandlungsoffer!

Nach Kinderheimen auch Missbrauchsvorfälle in Wiener Psychiatrien

Die letzte Woche präsentierte Studie über die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Wiener Psychiatrien zwischen 1945 und 1989 zeigte ein weiteres düsteres Kapitel in Sachen Kinder- und Jugendbetreuung der Stadt Wien auf.

Laut der Studie wurden im Pavillon 15 am Steinhof sowie in der Rett-Klinik Kinder und Jugendliche mangels guter Versorgungs- und Betreuungsverhältnisse über Jahrzehnte Opfer eines Gewaltsystems, wie es bereits von ehemaligen städtischen Kinder- und Jugendheimen hinlänglich bekannt ist. Über 30 Jahre lang wurden viele Zöglinge etwa im Schloss Wilhelminenberg schwer misshandelt und missbraucht – die Opfer berichteten von nachgewiesenen, unglaublichen Zuständen, von jahrzehntelangem geduldeten Missbrauch der Jugendlichen.



Nepp fordert Entschädigung für alle Missbrauchsoffer in Wien.

Schweigen der SPÖ

„Es ist erschreckend, dass dieser gewalttätige Umgang in Betreuungseinrichtungen der Stadt Wien bis in medizinische Einrichtungen hinein gängiger Usus gewesen zu sein scheint“, empörte sich FPÖ-Klubobmann Dominik Nepp. Es sei für ihn absolut unverständlich, dass die Wiener SPÖ bis heute keine Anstalten mache, die Opfer dieser Willkür in Heimen

zu entschädigen oder diese überhaupt anzuerkennen. Weder gebe es eine Gedenktafel für die Opfer noch wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen, kitisierte Nepp: „Ich fordere die rot-grüne Stadtregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass allen Opfern in städtischen Kinder- und Jugendheimen eine Opferrente zuerkannt werden soll, wie auch den Opfern in medizinischen Einrichtungen.“

Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik

Eine aktuelle Studie der Wiener Schülerunion „Vielfalt“ zeichnet ein düsteres Bild des Wiener Schulalltages. Demnach fühlt sich jeder zweite Lehrer nicht auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik in Wien vorbereitet und wünscht sich Sozialarbeiter als Unterstützung in der Schule. Nur sieben Prozent der Lehrer sind mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden.

81 Prozent aller Befragten sprechen sich für Vorbereitungsklassen aus, in denen Flüchtlinge vor dem Regelunterricht Deutsch lernen. Unter den Schülern sind es sogar 84 Prozent. „Das fordert die FPÖ-Wien seit Jahren – endlich gibt es eine unabhängige Studie unter Betroffe-

nen, die die Sinnhaftigkeit der geforderten Maßnahmen bekräftigt“, erklärte der FPÖ-Bildungs- und Jugendsprecher Maximilian Krauss.

Erschreckend an der Studie sei zudem, dass das derzeitige System als „nicht befriedigend“ bezeichnet werde. „Das ist ein furchtbares Ergebnis, da ein negativ wahrgenommenes Schulsystem allen Schülern den Spaß am Lernen verdirbt“, analysierte Krauss. Er unterstütze im Wesentlichen die Forderungen der Schülerunion, da sie denen der Freiheitlichen entsprächen: „Kinder und Jugendliche sind besser zu unterrichten – schließlich ist Bildung der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.“



Krauss sieht in der Studie alle Forderungen der FPÖ bestätigt.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ein Frühlingstag im Wurschtlprater. Auf einem sonnigen Bankerl zwei Herren, die sich über den nahen Toboggan unterhalten. Ich höre in gebührendem Abstand zu und erfahre Interessantes. Nämlich dass ein Toboggan eigentlich ein Transport-Schlitten der nordamerikanischen Indianer ist.

Toboggan

Dann sind die beiden vom Toboggan zum Erdogan übergegangen, was rein phonetisch logisch ist. Sie haben sich über das stumme „g“ unterhalten, dass man es eigentlich mit einem verkehrten Dacherl oben drauf schreibt und dass besagter Herr in Wien Wahlpropaganda machen will.

Da hat der eine der beiden gemeint, man möge doch an Stelle der vielen diplomatischen Kopfstände den Herrn E. einfach fragen, wieso denn so viele seiner Landsleute nicht daheim, sondern lieber in Deutschland, Holland und Österreich leben. Wären sie einfach zu Hause, gäb's das ganze Theater nicht.

Die zwei haben recht. Warum leben so viele Türken bei uns? Warum leben nicht ebensoviele Österreicher in der Türkei?

Ob's der Herr Erdoan weiß? Und ob er's auch sagt?

Vor allem aber, schlug der eine vor, möge man ihn doch zum Hinauffahren einladen. Man kann nämlich von oben so herrlich – hinunterrutschen.

VORARLBERG **Familienzuschuss**

Scharfe Kritik seitens der Freiheitlichen erteilte der Grüne Landtagsabgeordnete Daniel Zadra, weil er den Vorarlberger Familienzuschuss in Frage stellte und als „Relikt“ bezeichnete. „Für uns kommt eine Abschaffung oder Kürzung des Familienzuschusses überhaupt nicht in Frage. Der Familienzuschuss als Wertschätzung der Familie als wichtigstes Fundament der Gesellschaft muss nicht nur erhalten bleiben, sondern muss in Richtung des FPÖ-Elterngeldes weiter ausgebaut werden“, fordert die FPÖ-Familiensprecherin Cornelia Michalke.

NIEDERÖSTERREICH **Pflegeberuf stärken**

„In Niederösterreich herrscht ein großer Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal“, schlägt der freiheitliche Gesundheitssprecher Martin Huber Alarm. Die FPÖ will den skandalösen Zuständen ein Ende setzen, den Lehrberuf „Pflege und Betreuung“ stärken und ein spezielles Arbeitszeitmodell für die 24-Stunden-Pflege schaffen.



Martin Huber

STEIERMARK **Schulschließungen**

Die steirische Landesregierung beschloss letzte Woche nun die endgültige Schließung von drei Kleinschulen. Konkret betroffen sind die Volksschulen Falkenstein im Bezirk Weiz, Etmühl im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag und Augraben in der Gemeinde Semriach. Aus freiheitlicher Sicht sind die beschlossenen Schließungen eine schwerwiegende Fehlentscheidung: „SPÖ und ÖVP sind nicht bereit, in die Regionen und deren Infrastruktur zu investieren, stattdessen haben sie sich offensichtlich dazu entschlossen, der ländlichen Bevölkerung sukzessive die Lebensgrundlage zu entziehen. Anstatt Schulstandorte wegzurationalisieren, wäre es ein Gebot der Stunde, endlich wirksame Maßnahmen für den Erhalt des ländlichen Raumes zu setzen“, so FPÖ-Bildungssprecher Hannes Amesbauer.

Neues Mindestsicherungsgesetz trägt freiheitliche Handschrift

Zweckentfremdung von Steuergeldern soll künftig verhindert werden

Das neue burgenländische Mindestsicherungsgesetz „Deckel drauf“ soll den Missbrauch der Sozialleistungen in Zukunft verhindern.

Die burgenländischen Koalitionsparteien SPÖ und FPÖ konnten letzte Woche den Abschluss der Verhandlungen über das neue Mindestsicherungsgesetz „Deckel drauf“ verkünden. Die freiheitliche Handschrift ist bei diesem Gesetz deutlich sichtbar.

BURGENLAND 

Geza Molnar (r.) mit SPÖ-Soziallandesrat Norbert Darabos.

Zweckentfremdung verhindern

Die Kernpunkte: Deckelung von 1.500 Euro pro Haushalt (Bedarfgemeinschaft), Wartefrist von fünf Jahren (rechtmäßiger Aufenthalt in Österreich) bis zum vollen Anspruch, Sach- statt Geldleistungen, Kürzungen bei Integrationsverweigerung und Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit. Die FPÖ zeigt sich überaus zufrieden. „Wir stellen

sicher, dass es einen Unterschied zwischen jenen gibt, die wollen, und jenen, die nicht wollen. Sei es in Sachen Integration oder Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig schaffen wir einen Unterschied zwischen jenen Haushalten, in denen

Erwerbstätige wohnen, und jenen, die nur von Sozialleistungen leben. Zudem ist die Konzentration auf Sachleistungen wichtig, um zu verhindern, dass Steuergelder zweckentfremdet werden“, erläuterte FPÖ-Klubobmann Géza Molnár.

KÄRNTEN

Leistbares Wohnen fördern

Im Zuge der „Aktuellen Stunde“ vergangene Woche im Kärntner Landtag zum Thema „Mehr Fairness für Mieter und Hausbauer – Wohnbauförderung NEU“ erklärten der Kärntner FPÖ-Landesparteiohmann Landesrat Gernot Darmann und FPÖ-Klubobmann Christian Leyroutz, dass die FPÖ

endlich Lösungen für leistbares Wohnen umsetzen wolle. Die derzeitigen Zinsniveaus, die hohen Auflagen und die für Bürger unverständlichen Richtlinien würden die Wohnbauförderung uninteressant machen.

„Wir brauchen eine einfache und unbürokratische Förderung, damit wieder mehr Eigentum geschaffen wird“, hält Darmann fest. Mit Dringlichkeitsanträgen fordert die FPÖ eine rasch umsetzbare Lösung für Kärntner Hausbauer sowie mehr Transparenz bei den Wohnbaugenossenschaften und Änderungen des Wohnbauförderungsgesetzes.

„Mit unserem Antrag wollen wir in Kärnten analog zum Handwerkerbonus im Bereich des privaten Eigenheimbaus einen nach Einkommen gedeckelten ‚Hausbauerbonus‘ einführen“, betonte Leyroutz. Die Hausbauer müssten dazu offizielle Rechnungen vorlegen und würden dann eine Direktförderung bekommen.



Mit unbürokratischen Förderungen zu leistbarem Wohnraum.

TIROL 

Markus Abwerzger

Vergnügungssteuer jetzt abschaffen!

Die anhaltenden Forderungen nach einer Abschaffung der Vergnügungssteuer nehmen FPÖ-Landesparteiohmann Markus Abwerzger und FPÖ-Landesklubobmann Rudi Federspiel zum Anlass, darauf zu verweisen, dass die FPÖ bereits im Jahr 2014 einen diesbezüglichen Antrag im Landtag eingebracht hat, dieser aber damals von der ÖVP und den Grünen ausgesetzt wurde. „Fakt ist, dass die ÖVP und die Grünen eine Abschaffung verhindern wollen, wohl in Hinblick auf die Macht gewisser schwarzer Ortskaiser“, erwähnte Abwerzger in diesem Zusammenhang.

SALZBURG 

Salzburgs FPÖ-Stadtparteiobmann Andreas Reindl (2.v.r.) mit seinem neuen Programm-Team: Manfred Fiebiger, Julia Schmitzberger und Robert Altbauer (im Bild von links).

Neues FPÖ-Quartett in der Stadt Salzburg

Arbeit zu freiheitlichem Programm für Gemeinderatswahl gestartet

Klubobmann und Stadtchef Andi Reindl stellt sein Vierer-Team für die programmatische Arbeit der FPÖ in der Stadt Salzburg vor.

Nach der Korruptionsanklage gegen Salzburgs SPÖ-Bürgermeister Heinz Schaden ist die Stadtregerung wohl kaum noch handlungsfähig. Die einzige Leistung besteht noch darin, Ideen von den Freiheitlichen Ideen abzukupfern. Jedoch nicht nur deshalb werden die Freiheitlichen bei den kommenden Gemeinderatswahlen so stark werden, dass kein Weg an der

FPÖ vorbei führen wird. „Es wird in Zukunft kein nicht-freiheitliches Thema mehr geben. Wir werden uns programmatisch und personell breit aufstellen und bürgerorientierte Lösungsstrukturen anbieten, um nach der Wahl Regierungsverantwortung zu übernehmen“, betonte FPÖ-Stadtparteiobmann Andreas Reindl.

„Blaue Leitlinien“ für Salzburg

Dazu präsentierte er drei neue Persönlichkeiten, die mit ihm und in enger Zusammenarbeit mit der Landespartei an der Konzeption von Leitlinien freiheitlicher Politik

in der Stadt Salzburg arbeiten werden. Dabei handelt es sich um die 22-jährige Studentin Julia Schmitzberger, den Juristen Robert Altbauer und Hautarzt Manfred Fiebiger.

Mit dieser erweiterten Mannschaft decke die FPÖ das breite Spektrum der Politik ab und werde bis zu den Gemeinderatswahlen ein Handbuch freiheitlicher Stadtpolitik präsentieren, sagte Reindl: „Es braucht eine starke FPÖ, die sich mit Kompetenz und Leidenschaft für die Salzburger einsetzt. Wir sind die Zukunft der Stadt Salzburg und freuen uns auf die bevorstehenden Herausforderungen.“

Politische Indoktrinierung

Der Welser Grün-Politiker Thomas Rammerstorfer referierte vor 70 Schülern der 8. Klasse des BORG Honauerstraße über aktuelle Erscheinungsformen von Extremismus: Salafisten, Staatsverweigerer, Graue Wölfe – und auch Burschenschaften und die FPÖ. Dabei, so heißt es, sollen die Freiheitlichen unter anderem mit der Terrororganisation Islamischer Staat in Verbindung gebracht worden sein. Der FPÖ-Abgeordnete Roman Haider sorgte dafür, dass der Vortrag abgebrochen wurde.

„Es ist eine Frechheit, eine Nationalratspartei mit Extremismus in Zusammenhang zu bringen. Extremismus bedeutet, Demokratie abzulehnen. Das lasse ich mir nicht unterstellen. Solche Ansichten haben an einer Schule nichts verloren“, empörte sich Haider.

Auch der FPÖ-Bundesrat Michael Raml berichtete davon, „dass regelmäßig Schüler, die aus Angst vor Repressionen anonym bleiben wollen, melden, dass auch im regulären Unterricht gegen die FPÖ gehetzt wird.“

OBERÖSTERREICH 

Haider: „Hetze gegen die FPÖ hat an Schulen nichts verloren!“



LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek

FPÖ-Landesparteiofbrau Salzburg

Tanzperformances, Aktionstage, Gleichheits- und Teilhabe-Forderungen zum Weltfrauentag drücken wohl nicht aus, welche Probleme Frauen heutzutage wirklich haben.

Da wäre die Lücke zwischen dem Lohn einer Mutter, die ihr unter dreijähriges Kind selbst erzieht und den Kosten eines staatlichen Betreuungsplatzes.

Weltfrauentag anders

Oder Sexismus gegen Frauen, der allerdings nichts mit der Darstellung von Frauen in der Werbung, sondern mit nach Europa zuwandernden, frauenverachtenden Kulturen zu tun hat – und wir Frauen uns morgens und abends alleine an Bahnhöfen unwohl fühlen! Es braucht den Weltfrauentag mehr denn je, aber völlig anders als bisher!

Der Weltfrauentag darf kein Tag sein, an dem sich Frauen in der Opferrolle suhlen und jungen Mädchen angeraten wird, typische Männerberufe zu erobern, nur um auch Frauen im Stahlwerk oder am Bau beschäftigt zu wissen. Genauso wenig helfen Projekte wie gratis Fliegenfischkurse für Frauen, um diese ach so starke Männerdomäne zu erobern. Anscheinend ist für frustrierte Kampfeinsatzkräfte die weibliche Welt nur dann in Ordnung, solange Frau an ihrer Optimierung zum besseren Mann arbeitet.

Das ist jedoch falsch! Denn eine selbstsichere Frau verwischt oder leugnet nicht den Unterschied zwischen Mann und Frau, sondern betont ihn. Der Weltfrauentag sollte ein Synonym sein, zu erkennen, was eine Frau tagtäglich schafft, wie sie sich einbringt für Kinder, Haushalt, Partner, Job, ... bis ans Ende ihrer Kräfte, ohne ein Dankeschön und Lob!

GEZWITSCHER



Peter Rabl

@RabIPeter



Gibt es eigentlich am Julius Tandler-Platz Hinweistafeln zu Tandlers grässlichen Euthanasie-Vorschlägen? Ach, der war ein Sozialdemokrat.

12.03.17 07:45

Soweit wagen sich die Wiener Grünen bei ihrer „Neu-Kartografierung“ Wiens doch nicht vor. Nur nicht die Genossen verärgern.

Michael Jungwirth

@MichelJungwirth



Rote Parteireform: Erinnert an Testabo bei Zeitungen - alle kämpfen mit dem Schwund.

12.03.17 02:26

Das erste Jahr Parteimitgliedschaft gratis, als „Geschenk“ für Freunde und Verwandte zum „Reinschnuppern“. Schnupperpartei SPÖ?

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

14.03.2017

Ich bin die Lösung! :-)



Sobotka: „Nicht Strache, Kern ist das Problem“
Innenminister Wolfgang Sobotka ist wegen anhaltender Differenzen beim Demo-Recht massiv verstimmt.

2.774 Personen gefällt das.

Verstimmung unter den Koalitionspartnern? Dabei hat man doch erst vor wenigen Wochen den x-ten Neustart in der rot-schwarzen Zwangsehe ausgerufen.

Wenn die Medien auf den „kleinen Mann“ vergessen

Parteinahme der Medien für Meinungselite spaltet die Gesellschaft

Eine beachtliche Selbstkritik eines Publizisten an der Verbrüderung der Medien mit den politischen Eliten auf Kosten demokratischer Grundwerte.

Der Publizist Franz Sommerfeld warnt Deutschlands Medienmacher davor, die Sorgen des „kleinen Mannes“ nicht ernst zu nehmen: „In der schönen neuen Medienwelt sind sie mit ihren Themen, Ängsten und Fragen nicht erwünscht“, beklagt er in einem Essay im Online-Medienfachmagazin „kressnews“ – www.kress.de

Sommerfeld, in den 1970er Jahren Mitglied der deutschen Kommunisten und Sekretär des „Marxistischen Studentenbunds Spartakus“, kritisiert die Dünnhäutigkeit der Medienmacher ange-



Bei der Rettung der Welt auf den „kleinen Mann“ vergessen.

sichts der Kritik, die ihnen aus dem Publikum über die sozialen Medien jetzt entgegenschlägt.

Alles zum Gemeinwohl?

„Die bescheidenen Hoffnungen der kleinen Leute konkurrieren mit einem grün-ökologisch gestimmten Grundton der Eliten, die ihre kulturelle Hegemonie entfalten

konnten... Denn die neuen Eliten berufen sich auf das Gemeinwohl“, analysiert Sommerfeld diese Bevormundung. Und er rät ihnen, „bei der Rettung der Welt“ nicht auf den „kleinen Mann“ zu vergessen. Denn immerhin finden 55 Prozent der Deutschen, dass es in Deutschland bereits „ungerecht“ bis „sehr ungerecht“ zugeht.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Eine Partei führt in allen Umfragen, die Regierungsparteien leihen sich von ihr mangels eigener zugkräftiger Inhalte die Themen aus, und der Obmann erhält beim Parteitag fast 99 Prozent der Delegiertenstimmen. Für den Staatssender ORF



die perfekten Zutaten für eine Krisengeschichte. Wer letzte Woche den Beitrag im „Report“ und die anschließenden Interviewfragen von Susanne Schnabl (Bild) an HC Strache verfolgte, musste meinen, die FPÖ befinde sich in einer der tiefsten Krisen ihres mehr als 60-jährigen Bestehens.

In ORF-kritischen

Medien wurde die Skandalsendung entsprechend kommentiert. „Unzensuriert.at“ bemerkte, „dass Strache die ORF-Moderatorin praktisch bei jeder gestellten Frage korrigieren musste, weil diese teils Unwahrheiten hineinpackte“. „Schnabl in den Fußstapfen von Ingrid Thurnher“, befand „ORF-Watch“ und stellte die rhetorische Frage: „Hören sich ORF-Journalisten eigentlich manchmal selbst beim Reden zu?“

FPÖ TV

Top-Themen der Woche im FPÖ-TV-Magazin:

- Keine türkischen Wahlkampfauftritte in Österreich
- Eurofighter-U-Ausschuss: Antrag bei Sondersitzung eingebracht
- 60 Jahre FPÖ-Steiermark im Landtag



Marlies Gasser

FPÖ Steiermark feierte 60-Jahr-Jubiläum im Landtag

Die FPÖ Steiermark stellte vergangenen Mittwoch im Zuge einer Festveranstaltung zum 60-Jahr-Jubiläum in der Alten Universität in Graz das Buch „Vom Dritten Lager zur ersten Kraft – Die Steirischen Freiheitlichen“ vor. Das Buch beschreibt die Geschichte der Steirischen Freiheitlichen in den vergangenen sechs Jahrzehnten. Es ist eine Dokumentation von Höhen und

Tiefen, von glänzenden Wahlsiegen und bitteren Niederlagen. Die beiden Herausgeber, der Dritte Landtagspräsident Gerhard Kurzmann und Landesparteiobmann Mario Kunasek, betonten in ihren Reden, dass die vorliegende Publikation keine im Sinne der Parteiräson „geglättete“ Darstellung sei.

Neben FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache konnten auch die

ehemaligen Landesparteiobmänner Alexander Götz, Ludwig Rader und Leopold Schöggel als Ehrengäste bei der Feierlichkeit begrüßt werden.

Die großen Leistungen der FPÖ betonte HC Strache in seiner Rede. Er erwähnte dabei vor allem den enormen Stimmenzuwachs bei den zurückliegenden Landtagswahlen und die mannigfaltigen Herausforderungen der Zukunft. Zudem lob-

te er die Geschlossenheit der FPÖ Steiermark und den gelungenen Verjüngungsprozess in den vergangenen Jahren. Abgerundet wurde die von rund 250 Gästen besuchte Veranstaltung durch die Würdigung von Hofrat Wolf Chibidziura. Der Ex-Landtagsabgeordnete wurde für seine besonderen Verdienste um die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft ausgezeichnet.



Volles Haus bei der 60-Jahr-Feier in der Alten Universität in Graz.



HC Strache, Mario Kunasek und Gerhard Kurzmann (v.l.) präsentieren die Festschrift zum Parteijubiläum.



HC Strache und die zwei Alt-Landesparteiheads Kurzmann und Alexander Götz.

Ein vergnügliches Schwelgen in Kunst und Kitsch

Oper Graz mit zweimal Operette von Giacomo Puccini und Emmerich Kálmán

Giacomo Puccini gefiel es in den Jahren 1915/16, sich in der leichten Muse zu versuchen: „La Rondine“, die Schwalbe. Der Verleger Tito Ricordi hat sie mit der Bemerkung „schlechter Lehár“ abgelehnt. Puccini hat sich zwar hörbar vom Zenit seines Schaffens entfernt, erfreut aber weiterhin mit einer detailverliebten Mixtur aus Pathos, Parlando und Walzerseligkeit. Die Lyris-

men sind immer noch meisterhaft, die Ohrwürmer aber seltener.

Rolando Villazón hat die Handlung flott in Szene gesetzt. Die Darsteller dürfen einen Abend lang über die Liebe philosophieren. Den Bühnenbildner Johannes Leiacker hat Magritte mehr als inspiriert, und die Kostüme in der Mode der 20er Jahre schaffen Atmosphäre. Sophia Brommer erweist sich als Idealbesetzung für die Titelrolle, elegant in der Erscheinung, souverän in der Beherrschung des Vokalparts. Ihren Liebhaber Ruggero gibt Mickael Spadaccini mit kräftiger Stimme, der man ein wenig mehr Raffinement wünscht. Das „niedere Paar“ ist mit Pavel Petrov und der quiriligen Tatjana Miyus trefflich besetzt. Chor und Orchester erfüllen ihre Parts unter der sicheren Leitung von Marco Comin.

Altbackenes Remake

„Die Zirkusprinzessin“ ist rund zehn Jahre jünger. Der Komponist Emmerich Kálmán griff auf all das zurück, was sich in der „Gräfin Ma-



Pathos und Walzerseligkeit mit Puccini's „Schwalbe“ in Graz

riza“ bereits als erfolgreich bewährt hatte. Die innovative Regie von Peter Lund garantiert einen Ablauf wie am Schnürchen, vermittelt das Zirkusmilieu ebenso stilsicher wie jenes der feinen Gesellschaft, versetzt mit ironischen Brechungen. Bühnenbild, Kostüme und die Choreographie liefern höchst phantasievoll den passenden Rahmen. Marius Burkert leitet schwungvoll das Grazer Philharmonische Orchester. Regina Riel gestaltet die Titelrolle mu-

sikalisch eindrucksvoll, bleibt in der Darstellung aber etwas verhalten. Alexander Geller („Mister X“) verfügt über einen strahlenden Tenor und eine blendende Erscheinung.

Sieglinde Feldhofer und Alexander Kaimbacher erfreuen als Buffopaar. Christoph Wagner-Trenkwitz hebt die Rolle des Oberkellners Pelikan aus der Trivialität eines „Dritte-Akt-Komikers“ heraus und erläutert eloquent und pointensicher die Handlung.

flp



Pointensichere Unterhaltung mit Kálmáns „Zirkusprinzessin“.


Die FPÖ-Bezirksgruppe Simmering lädt zum

 **Große Tombola**
 **Mitternachtseinlage**

Für Unterhaltung sorgt „Chris“
Der Musikant mit Leib und Seele



Blauen Hausball

Samstag, 18. März 2017
Einlass 19 Uhr - Eröffnung 20 Uhr

Schloss Thürlhof
Münichpl. 5, 1110 Wien

Eintritt: Ehrenschatz: **Heinz Christian Strache**
Bundesparteiobermann

Vorverkauf: 25,-
inkl. Backendl-Buffer
Abendkassa: 28,-

Karten, bzw. Tischreservierungen erbeten bei **BV-Stv. Katharina Krammer**
unter 0664 283 31 83 oder katharina.krammer@fpoe-simmering.at



RING FREIHEITLICHER STUDENTEN

DIE FREIHEITLICHEN IN DER ÖH

- **WERDE KANDIDAT FÜR DIE ÖH-WAHL**
- **WERDE WAHLKAMPFUNTERSTÜTZER**
- **ZEIGE DEN LINKSEXTREMEN DIE ROTE KARTE**

16.-18. MAI 2017

#ÖHWahl17

MACH UNS STARK!



 /ringfreiheitlicherstudenten

WWW.RFS.AT

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



SCHULE HEUTE - zwischen Privileg und Volksverdummung

Das FPÖ-Bildungsinstitut widmete sich dem Thema der Bildungsmisere im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit den Bildungsexperten, dem FPÖ-Bildungssprecher, Abg. z. NR Dr. Rosenkranz, dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, OStD Kraus, dem Präsidenten des Stadtschulrats für Wien a.D., Dr. Scholz, und dem neuen FPÖ-Bildungssprecher im Wiener Landtag und Gemeinderat, Labg. Krauss.

Über das Für und Wider der Einführung der Gesamtschule bzw. Neuen Mittelschule, der Demontage der Hauptschule, der PISA-Tests und Schulversuche sowie über die bildungspolitischen Realitäten im Schulbereich wurde ausführlich debattiert.

Zentrales Thema war, ob wir in Österreich nicht Gefahr laufen, dass eine gute Bildung in Zukunft aufgrund mangelnder Reformen, aber auch gerade wegen mancher Reform, wie z.B. der Einführung der Gesamtschule, vermögensabhängig wird. Wenn im öffentlichen Schulsystem diese, v.a. aufgrund einer Nivellierung der Bildungsstandards nach unten, nicht mehr gewährleistet werden kann, werden Privatschulen zur kostspieligen Alternative.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

